

5. Sitzung der BfR-Kommission: Risikoforschung und -wahrnehmung

Protokoll vom 5. Juli 2013

Die BfR-Kommission „Risikoforschung und -wahrnehmung“ berät das BfR bei seiner Methodenauswahl zur Ermittlung des Informationsstandes, der Informationsbedürfnisse sowie der subjektiven Risikowahrnehmung im Themengebiet gesundheitlicher Verbraucherschutz bei Lebens- und Futtermitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika. Des Weiteren unterstützt die Kommission die Durchführung und Evaluierung von zielgruppenspezifischen Kommunikationsprogrammen und die Etablierung von Risikofrüherkennungsmaßnahmen.

Am 5. Juli 2013 kamen die Mitglieder dieser BfR-Kommission zu ihrer fünften Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt standen bei dieser Sitzung zwei Aspekte. Zum einen wurden die Ergebnisse im BfR-Projekt "NanoView" diskutiert sowie in diesem Zusammenhang zukünftige Verbesserungen bei der Methodenauswahl zur Identifizierung von Zielgruppenstrukturen vorgeschlagen. Zum anderen wurde über die Etablierung einer regelmäßigen, öffentlichen Konsultation (Public Consultation) zu den verschiedensten Risikothemen am BfR beraten.

1 Bestätigung des Protokolls und der Tagesordnung

Das Protokoll der Sitzung vom 19. November 2012 wurde den Mitgliedern der Kommission zur Kommentierung und Abstimmung vorgelegt. Kommentare werden bis zum 12. Juli 2013 an das BfR geschickt.

Die vorgeschlagene Tagesordnung der Sitzung wurde angenommen.

2 Abfrage zu Interessenkonflikten

Nach Auskunft der teilnehmenden Kommissionsmitglieder liegen keine Interessenkonflikte in Bezug auf die in der Sitzung behandelten Themen vor.

3 Berichte von der Kommission zu aktuellen Aktivitäten im Bereich Risikokommunikation & Risikowahrnehmung

Herr Prof. Frick berichtete von einer Längsschnittuntersuchung zum Drogenkonsum beim Musikfestival St. Gallen Open Air, die bisher auf eine Datenreihe über einen Zeitraum von 10 Jahren zurückgreifen kann. In diesem Rahmen wurden die THC-Gehalte von Konsumenten auf dem Festival in dem Festival-Labor der Stiftung Suchthilfe St. Gallen untersucht. Zusätzlich wurden die Festivalteilnehmerinnen und -teilnehmern nach ihrer Einschätzung der Gefahr durch den Konsum von Cannabis gefragt. Hier konnte ein Verharmlosungseffekt (Lemming-Effekt) bzw. Reihenfolgeeffekt beobachtet werden. So variierte die Einschätzung des Risikos der eingenommenen Substanz je nachdem ob vorher oder hinterher nach der Prävalenz des Konsums der Substanz unter den Festivalteilnehmerinnen und -teilnehmern gefragt wurde. Wurde zuerst nach einer Prävalenz und dann nach Risiken gefragt, sank die Risikowahrnehmung gegenüber den Substanzen. Auch konnte beobachtet werden, dass es eine Zuordnung von Musikgruppen zu bestimmten Drogen gibt. So werden Musikgruppen mit dem Konsum bestimmter Drogen assoziiert, bzw. Anhänger von bestimmten Musikgruppen konsumieren entsprechend unterschiedliche Drogen wie Alkohol oder Cannabis. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden im British Journal of Health Psychology erscheinen.

Herr Prof. Ruhrmann berichtete, dass im Schwerpunktprogramm 1409 Wissenschaft und Öffentlichkeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ein neues Projekt zu dem Thema „Kommunikation biotechnologischer Zukunftstechnologien“ (Nano-/Biotechnologie) bewilligt wurde. Im Zentrum des Projekts werden auf Basis eines Rational-Choice Ansatzes u.a. die Fragen beleuchtet, inwieweit Journalisten in der Lage sind, evidenten Wissen zu vermitteln und wie diese Vermittlung auf Rezipienten wirkt.

Des Weiteren berichtete Prof. Ruhrmann von einem Workshop am Forschungszentrum Jülich unter der Leitung von Herrn Prof. Peters, der Fragen des Übergangs und Veränderungen des Journalismus im Hinblick auf die neuen Medien zum Gegenstand hatte. Teilnehmer des Workshops waren u.a. Prof. Dr. Sharon Dunwoody, eine Kommunikationswissenschaftlerin der Universität Wisconsin-Madison. Im Rahmen des Workshops wurden Fragen nach der Qualität unter den (beschleunigten) Bedingungen der neuen Medien aufgeworfen (z.B. bleibt noch die Zeit, Fakten auf ihre Richtigkeit zu prüfen?). Es kann ggf. so sein, dass die Berichterstattung unter Bedingungen der neuen Medien keine journalistische Wissenschaftskommunikation im herkömmlichen Sinne mehr sein wird. Die Berichterstattung in den neuen Medien wird die Qualität der klassischen Medien voraussichtlich nicht mehr flächendeckend erreichen. So entsprechen z.B. die Ergebnisse von Suchmaschinen nicht der im Wissenschaftsjournalismus bislang üblichen Qualität. Die journalistische Qualität von Suchmaschinen wurde auch im Rahmen einer Dissertation untersucht (Beiler, Markus (2013): Nachrichtensuche im Internet. Inhaltsanalyse zur journalistischen Qualität von Nachrichtensuchmaschinen (Markus Beiler); UVK). Die Ergebnisse des Workshops sollen als DFG-Band und im Rahmen eines Schwerpunkthefts einer Zeitschrift veröffentlicht werden.

Frau Prof. Pfahlberg berichtete über eine Befragung von Eltern zu Sonnenschutzmaßnahmen, die nach 2001 nun erneut in 2011 in Erlangen durchgeführt wurde und deren Ergebnisse aktuell vorliegen. Dabei hat sich gezeigt, dass sich der Zusammenhang zwischen Wissen und Umsetzung nicht verändert hat. So ist das Wissen um den gesundheitsschädigenden Effekt von intensiver Sonneneinstrahlung zwar vorhanden und nimmt weiter zu, ein besserer Schutz vor der Sonne wird aber nach wie vor nicht umgesetzt. Neben konkreten Fragen zu Sonnenschutzmaßnahmen wurden auch die Einstellungen der Eltern zum Sonnen und Bräunen abgefragt. Diese Einstellungen hatten insofern Folgen als die Kinder gebräunter Eltern öfter in der Sonne sind, als die Kinder von Eltern, die sich selber weniger sonnen. Hinsichtlich der Informationsquellen stellte sich heraus, dass zu diesem Thema offenbar kaum Informationen aus dem Internet bezogen werden. Schließlich konnte auch beobachtet werden, dass es seit 2001 eine Problemverschiebung gegeben hat: Stand im Jahr 2001 der Zusammenhang von Ozon und Sonneneinstrahlung im Zentrum, war dies im Jahr 2011 nun Vitamin D und Sonneneinstrahlung. Schließlich wurde in der Befragung mehrfach darauf hingewiesen, dass Kinder in Kindertagesstätten zum Teil nicht ausreichend eingecremt werden (ggf. wegen in den Einrichtungen bereits vorhandener Schutzvorrichtungen wie z.B. Sonnensegel).

Hinsichtlich der Durchführung der Umfrage berichtete Frau Prof. Pfahlberg, dass die Rücklaufquote bei dieser Onlinebefragung deutlich geringer als sonst üblich war. Für Eltern mit Kindern bieten sich daher eher Paper-Pencil-Befragungen an. Bei der Abfrage zum Bildungsstand kam es gehäuft zu einer Antwortverweigerung. Aus anschließenden Feedbackgesprächen ging hervor, dass dies besonders bei Personen mit hohem Bildungsstand der Fall war, denen die Relevanz der Abfrage des Bildungsstands als nicht relevant für das Thema Sonnenschutz bei Kindern erschien.

In der Diskussion wurde angemerkt, dass die Ergebnisse darauf hindeuteten, dass künftig auch das Personal von Kindertagesstätten befragt werden sollte. Eine weitere Anregung war,

dass die Befragung ländervergleichend durchgeführt werden sollte, um gegebenenfalls kulturell induzierte Unterschiede im Risikoverhalten zu beobachten

Herr Prof. Renn stellte zwei Initiativen vor. Zunächst verwies er auf den Bericht aus einem gemeinsamen Projekt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft (BBAW), der deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) und der nationalen Akademie der Wissenschaft (Leopoldina) zum Verhältnis zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien. Im Rahmen dieses Projektes sollen u.a. Möglichkeiten zur Verbesserungen der Kommunikation im Sinne eines Qualitätsmanagements erkundet werden. In der Projektgruppe sind Wissenschaftler und Journalisten vertreten, die nun im dem Bericht die Einrichtung eines nationalen Fonds für Wissenschaftsjournalismus fordern.

Des Weiteren berichtete Herr Prof. Renn von der Einrichtung des Beirats für Wissenschaft und Technik ((EU) Science and Technology Advisory Council) bei der Europäischen Kommission im Februar 2013, deren Mitglied er ist. Dieser Beirat ist ein unabhängiges Gremium, das sich aus Vertretern aus Forschung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammensetzt. Die Mitglieder des Beirats werden vom Präsidenten auf Grundlage verschiedener Kriterien ausgewählt, zu denen neben hoher wissenschaftlicher Expertise und Erfahrungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik auch kommunikative Fähigkeiten zählen. Der Beirat berät den Präsidenten hinsichtlich der Frage, wie die europäische Gesellschaft stärker auf Wissenschaft, Technik und Ingenieurwissenschaften ausgerichtet werden kann und somit geeignete Rahmenbedingungen für Innovation geschaffen werden können. In diesem Zusammenhang werden auch Chancen und Risiken von wissenschaftlicher und technologischer Entwicklung geprüft und entsprechend kommuniziert. Der Beirat hat vorgeschlagen, ein Portal einzurichten, welches gezielt Verweise zu Informationsquellen von hoher inhaltlicher, wissenschaftlicher Qualität bündelt (z.B. Internetseiten vertrauenswürdiger Organisationen). Zielgruppe dieses Portals sollen sowohl Laien wie auch Medienvertreter sein, die fundierte Informationen zu Themen aus Wissenschaft und Technik suchen und durch das Portal an entsprechende Informationsquellen weiterverwiesen werden können. Es geht vor allem darum, die große Menge von bereits vorhandenem gutem Online-Informationsmaterial durch dieses zentrale Register besser und schneller zugänglich zu machen.

Advisory Group on Risk Communication der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

Die Beratungsgruppe „Risikokommunikation“ (Advisory Group on Risk Communication), die die geschäftsführende Direktorin der EFSA zu Themen und Praktiken der Risikokommunikation berät, wird im Sommer 2013 neu besetzt. Auf die Bekanntmachung wurde hingewiesen.

Jahrestagung der Society for Risk Analysis (SRA), 8.-11. Dezember, Baltimore, MD

Auf der Jahrestagung der Society for Risk Analysis (SRA), die im Dezember in Baltimore stattfinden wird, wird es u.a. eine Session zu dem Thema „Information, Communication, Nudging“ geben, an der neben Herr Prof. Renn auch Herr Prof. Sunstein teilnehmen wird.

4 Statusberichte zu den BfR-Projekten

Von Seiten des BfR wurde "NanoView" als aktuelles Projekt vorgestellt sowie eine Übersicht aktueller Risikothemen in den Medien gegeben.

Im Rahmen von "NanoView" wurden die nun vorliegenden Ergebnisse einer internationalen Sachstandsanalyse zur Risikowahrnehmung gegenüber Nanotechnologien, einer repräsen-

tativen Bevölkerungsbefragung in Deutschland sowie einer Medienanalyse zum Thema Nanotechnologie vorgestellt.

Das Ziel der Untersuchung zur Risikowahrnehmung von Nanotechnologie war zum einen die Identifizierung möglicher Veränderungen in der Wahrnehmung der Nanotechnologie durch die Bevölkerung sowie die Entwicklung eines strategischen Kommunikationskonzepts. Dazu wurde zunächst ein internationaler Studienvergleich zur Wahrnehmung der Nanotechnologien durchgeführt. Im Anschluss erfolgte eine Repräsentativbefragung der deutschen Bevölkerung, die eine Weiterentwicklung und Fortführung der BfR-Umfrage von 2007 darstellte. Auf Basis der so gewonnenen Erkenntnisse wurden zielgruppenspezifische Kommunikationsansätze konzipiert, die in Fokusgruppen mit Verbraucherinnen und Verbrauchern überprüft und weiterentwickelt wurden.

Die ebenfalls im Rahmen von NanoView durchgeführte Medienanalyse zum Thema Nanotechnologie (NanoMedia) stellt eine Folgeuntersuchung zu einer BfR-Medienanalyse aus dem Jahr 2008 dar, in deren Rahmen die mediale Darstellung der Nanotechnologie zwischen 2000 und 2007 untersucht worden war. Zahlreiche Aktivitäten wie z.B. der NanoDialog /Nanokommission, neue Erkenntnisse und nicht zuletzt die Stellungnahmen des BfR (u.a. zu Nanosilber) ließen die Frage aufkommen, ob und wie sich die mediale Darstellung der Nanotechnologie in den vergangenen 4 Jahren entwickelt und gegebenenfalls verändert hat. Dazu wurden alle Artikel untersucht, die zu dem Thema in den Jahren 2008 bis 2012 in den deutschen Leitmedien *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, *taz.die tageszeitung (taz)*, *Frankfurter Rundschau (FR)*, *Die Welt*, *Financial Times Deutschland (FTD)*, *Die Zeit*, *Spiegel*, *Focus* und *Bild-Zeitung* veröffentlicht wurden. Im Rahmen einer Längsschnittanalyse wurden die Themenpräsenz (Häufigkeit der Berichterstattung) und die inhaltliche Darstellung in den Massenmedien untersucht. Zentrale Fragen beziehen sich auch auf die Akteure, die die Debatte in der Tages- und Wochenpresse bestimmen, sowie auf mögliche Veränderungen in Art und Umfang der Berichterstattung seit 2007.

Diskussion

Im Zentrum der anschließenden Diskussion zur Repräsentativbefragung stand die im Rahmen des Projektes entwickelte Typologie, wobei angemerkt wurde, dass neben der Clusteranalyse elaboriertere Methoden zur Verfügung stehen, um Gruppierungen vorzunehmen. Es wurde diskutiert, dass die Clusteranalyse jede Person zwangsläufig nur einem Cluster zuordnet und damit Schnittmengen von Einstellungen, die praktisch immer vorliegen, nicht berücksichtigt werden. Damit zusammenhängend wurde auch auf die Frage der Namensgebung der Cluster bzw. Typen eingegangen. Es wurde z.B. darauf hingewiesen, dass die Typenbezeichnung „die Vorsichtigen“, „die Uninformierten“ und „die Skeptiker“ nicht trennscharf seien und man „vorsichtig“ sein kann, weil man „skeptisch“ oder „uninformiert“ ist. Andere Methoden würden Personen gleichzeitig zu mehreren Clustern mit entsprechenden Wahrscheinlichkeiten zuordnen. Dies lässt sich dann z.B. auch mit qualitativen Analysen ergänzen und führt so zu einer wissenschaftlich fundierten Analyse von Gruppenstrukturen, die einer rein arithmetischen Analyse von Antwortstatistiken und einer nicht trennscharfen Namensgebung für die gefundenen Cluster überlegen ist.

Hinsichtlich der vorgestellten Ergebnisse der Medienanalyse wurde darauf hingewiesen, dass die journalistische Kompetenz im Hinblick auf die Risiko-/Nutzen-Abwägung und der gegebenen wissenschaftlichen Unsicherheit im Kontext der Wissenschaftsberichterstattung abnimmt. Ein wichtiger Grund sind die Veränderungen in der Redaktionslandschaft, wie z.B. die Kürzungen von Sach- und Personalmitteln im Bereich des Wissenschaftsjournalismus, wodurch wissenschaftliche Themen häufig von Journalisten anderer Ressorts übernommen werden. Infolgedessen nimmt das berichterstattende Auflösungsvermögen bei wissen-

schaftlichen Themen ab, während gleichzeitig die Inhalte aus Wissenschaft und Technik komplexer werden.

Schließlich wurde erwähnt, dass es in verschiedenen Ländern zwar den Versuch gab, die Nanotechnologie zu politisieren und zu skandalisieren, diese Versuche letztlich aber bislang gescheitert sind. Die möglichen Gründe für dieses Scheitern wurden z.B. darin gesehen, dass Nanotechnologie nicht eindeutig mit einer sozialen Bewegung verbunden ist und die Themenbreite der Nanotechnologie keine klare Zielfläche liefert (z.B. sind Umweltaktivisten einerseits kritisch, sehen zugleich aber Vorteile für Umwelttechnologien).

Im weiteren Verlauf wurden Risikothemen des BfR in den Medien vorgestellt. Zunächst wurde aus der Pressearbeit 2012 berichtet, wonach die Themen Vitamine und Nahrungsergänzungsmittel, E-Zigaretten, Antibiotikaresistenzen, EHEC, Glyphosat, Triclosan, Spielzeugsicherheit, Schadstoffe in Weihnachtsbäumen, Brechdurchfall, Hygiene im Haushalt/Alltag und schließlich REACH am häufigsten in TV-Interviews aufgegriffen wurden. Bei den Belegartikeln standen unter den zehn wichtigsten Themen an erster Stelle Spielzeug, an zweiter Stelle Lebensmittelhygiene sowie an dritter Stelle das Ausbruchsgeschehen Noroviren (Oktober 2012). Von Seiten des BfR wurden die Themen Lebensmittelhygiene und Lebensmittelinfektionen (Campylobacter, EHEC, Salmonellen), Nahrungsergänzungsmittel und Antibiotikaresistenzen in der Pressearbeit besonders berücksichtigt. In der Regel wurden diese Themen dann auch von den Medien aufgegriffen. Abschließend wurde an den drei Beispielen Perchlorat, Glyphosat und Endokrine Disruptoren anhand von TV-Beiträgen gezeigt, wie umstrittene Themen in den Medien dargestellt werden.

Diskussion

Im Anschluss wurde diskutiert, welchen Einfluss das BfR auf die Darstellung seiner Themen haben kann. Insbesondere wurde mit Bezug z.B. auf die Arbeit von Herrn Prof. Kahneman auf das Zwei-Prozess-Modell kognitiver Beurteilungs- und Entscheidungsprozesse hingewiesen. Danach sollte das Ziel sein, von der emotionalen Verarbeitung von Informationen (wie z.B. bei emotionsgeladenen Medienberichten) zu einem analytischen Verarbeitungsprozess zu kommen. Dabei könnte das BfR seine Kompetenz herausstellen und z.B. auf den aktuellen internationalen Forschungsstand und eigene Untersuchungen hinweisen. In dem TV-Beitrag wurde hingegen deutlich, dass es häufig weniger um die Vermittlung von Informationen, sondern eher um die Vermittlung von Stimmung geht. In diesem Zusammenhang sei auch eine „Boulevardisierung“ vormals seriöser Magazine zu beobachten.

5 Risikowahrnehmung an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik (Vortrag Dr. Silke Gabbert)

Frau Dr. Gabbert stellte erste Ergebnisse einer empirischen Studie zu sozialen Risiken von Überflutungen in den Niederlanden vor. Hintergrund dieser Studie zur Bewertung von Sicherheitsstandards bei Hochwasserslagen in den Niederlanden sind die hohen Investitionen in den Hochwasserschutz und die dortigen Sicherheitsstandards, die alle 6 Jahre überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Die nächste Revision findet im Jahr 2015 statt. Zunächst wurde ein Überblick über verschiedene Risikobegriffe und -konzeptionen gegeben. Insbesondere quantifizierbare Risikobegriffe und nicht quantifizierbare Risikobegriffe scheinen häufig in einem Gegensatz zueinander zu stehen. Im Rahmen der Studie wurde das soziale Risiko bei Überschwemmungen untersucht, womit die Risikopräferenz der Bevölkerung gemeint ist. Ziel war es, den Einfluss verschiedener Faktoren (Einstrittswahrscheinlichkeit einer Flut, Anzahl der potentiellen Todesfälle und Soziodemographie) auf die Präferenz für alterna-

tive Überflutungsszenarien zu untersuchen. Die Ergebnisse sollen z.B. dem Risikomanagement als eine evidenzbasierte Information zur Verfügung gestellt werden.

Auf Basis des Konzepts des kollektiven Risikos nahmen 1132 Bürger der Niederlande an einem Choice-Experiment teil. Jeder Teilnehmer musste zwischen verschiedenen vorgegebenen Hochwasserszenarien mit unterschiedlichen Angaben zu Eintrittswahrscheinlichkeit und zur Anzahl der zu erwartenden Todesfälle auswählen. Durch die Wahl einer der Alternativen dokumentierten die Teilnehmer ihre subjektiven Präferenzen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Präferenz der befragten Personen sowohl von der Anzahl der zu erwartenden Todesopfer als auch von der Eintrittswahrscheinlichkeit abhängt. Zudem ist die Bewertung des Risikos in dem untersuchten Bereich möglicher Eintrittswahrscheinlichkeiten und möglicher Anzahl von Todesfällen nicht linear. Auf Basis dieser Ergebnisse sollen weitere Forschungen mit dem Ziel durchgeführt werden, durch geeignete empirische Ansätze weitere wichtige Einflussfaktoren auf die Risikopräferenzen zu ermitteln und schließlich ein Modell zu entwickeln, welches das soziale Risiko von Überflutungen beschreibt.

In der anschließenden Diskussion wurden weitere, potentiell wichtige Einflussfaktoren vorgeschlagen. Dazu wurde z.B. die soziale Rolle der bewertenden Person genannt. So hätten empirische Forschungen gezeigt, dass Befragte unterschiedliche Risikopräferenzen haben je nachdem, ob sie z.B. als Familienväter/-mütter, Feuerwehrleute, Geistliche, Polizisten, Politiker oder Geschäftsleute zwischen verschiedenen Szenarien wählen müssten. Auch müsse berücksichtigt werden, dass sich die Präferenzen in akuten Krisensituationen im Vergleich zu ‚ruhigen‘ Situationen ändern. Schließlich sollte der Aspekt der Personalisierung berücksichtigt werden: ändern sich Präferenzen, wenn statt der einfachen Zahl von z.B. 10 Todesfällen ein konkretes Porträt von 10 Individuen vorgestellt wird, die gestorben sind?

6 Public Consultation – Impuls, Bericht und Diskussion

Unter dem Begriff „Public Consultation“ wurde erörtert, ob und wenn ja in welcher Weise das Instrument der Public Consultation (öffentliche Konsultation) auch am BfR eingesetzt werden könnte. Hierzu wurde zunächst von Seiten des BfR ein Status quo-Bericht zu den Potentialen der "Public Consultation" in der Risikokommunikation“ präsentiert, in dessen Rahmen der Unterschied zwischen öffentlicher Konsultation und anderen Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung dargestellt wurde. So zielt eine öffentliche Konsultation auf Rückmeldungen aus der Öffentlichkeit zu Stellungnahmen und Entscheidungen. Die Öffentlichkeit profitiert von einem solchen Verfahren, da sie zum einen über den aktuellen Stand informiert wird und zugleich ihre Besorgnisse und Ansprüche zur Kenntnis genommen und ihr möglicher Einfluss auf die Entscheidungsfindung transparent dargestellt wird.

Aus Sicht der konsultierenden Institution sind folgende Ziele mit einer Konsultation verbunden:

- Aufnahme von Erfahrungswissen
- Feststellung von Positionen und Präferenzen
- Förderung der Akzeptanz für Risikoeinschätzungen und Handlungsempfehlungen
- Inhaltliche Verbesserung von Stellungnahmen
- Besseres Verständnis der Positionen verschiedener Adressatengruppen
- Vermeidung späterer Interventionen durch frühzeitige Einbindung

Mit einem Konsultationsverfahren sind folgende Erwartungen verbunden:

- Vereinfachung der Erreichbarkeit einer breiteren Öffentlichkeit

- Bessere Erreichbarkeit von jüngeren Bürgerinnen und Bürgern
- Vereinfachung der Bereitstellung und Übermittlung von Informationen
- Einbindung einer unbegrenzten Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern

Zur Verdeutlichung von Vor- und Nachteilen wurden drei Beispiele vorgestellt, die Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission (EC), der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und der britischen Food Standards Agency (FSA). Die Konsultationsverfahren dieser drei Behörden wurden im Hinblick auf verschiedene Dimensionen verglichen, u.a. Zugang zur Konsultationsseite, Auflistung relevanter Zielgruppen, Dauer der Konsultationsperiode. Besonders hervorgehoben wurde die Frage, in welcher Weise nachvollziehbar dargestellt wurde, welche Beiträge Eingang in die Entscheidung gefunden haben und welche nicht. Insbesondere dieser Punkt wurde für den Erfolg und die nachhaltige Akzeptanz eines Konsultationsverfahrens als zentral angesehen.

Im Anschluss an diese Übersicht wurde dann im Rahmen eines Impulsreferats unter dem Titel „Public Consultation“ – Erfahrungen, Chancen und Risiken“ von Herrn Prof. Renn vertieft auf die Thematik eingegangen. Am Beispiel der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) wurde dargelegt, welche Schwierigkeiten sich bei der Umsetzung der öffentlichen Konsultation gezeigt haben:

Als Vorbild für EU-Behörden dient in diesem Zusammenhang der US-amerikanische Administrative Procedure Act, der Konsultationen mit Interessenvertretern transparent macht. Diese Praxis ist auch für EU-Behörden verpflichtend. Im Hinblick auf die Praxis der EFSA, nicht darzulegen, welche der eingegangenen Kommentare final berücksichtigt wurden, wurde darauf hingewiesen, dass ca. 80-90% der Kommentare von den immer gleichen Gruppen zu den gleichen Themen eingehen (z.B. Gentechnik, Tierethik). Diese Gruppen versuchen somit das Verfahren als Vehikel zur Durchsetzung ihrer (Partikular-)Interessen zu nutzen. Stattdessen besteht die Möglichkeit, direkt mit der EFSA Kontakt aufzunehmen, um zu erfahren, warum Kommentare nicht aufgenommen wurden. Zugleich müsse berücksichtigt werden, dass die große Mehrheit (über 90 %) der EFSA-Stellungnahmen zu keinerlei Resonanz während des Konsultationsprozesses führten. Dadurch, dass zum einen die Konsultationsverfahren zu bestimmten Themen vorrangig kommentiert werden und zum anderen dies auch immer von den gleichen Gruppen, wird es inzwischen als äußerst schwierig erachtet, den Einfluss einflussreicher Gruppen auf das Verfahren zu unterbinden. Schließlich wurde betont, dass sich das Verfahren nicht an die breite Öffentlichkeit richtet, sondern tatsächlich eher an die gesamte Breite von Interessengruppen. Auch werden die Verfahren häufig als Beteiligungsverfahren missverstanden. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen wird die EFSA ihr Konsultationsverfahren in Zukunft überdenken und ggf. revidieren. Dabei sind verschiedene Möglichkeiten angedacht. Zum einen sollen die Konsultationen deutlich eingeschränkt und nur noch zu ausgewählten Themen durchgeführt werden. Des Weiteren ist die Einrichtung eines Konsumentenboards (bzw. Screening Board) angedacht, um gesellschaftliche Gruppen künftig gezielt einzubinden (z.B. um diese mit Stellungnahmen zu beauftragen).

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass es z.B. von Seiten der Presse oft zu Verwechslung käme zwischen den veröffentlichten Inhalten der Konsultation und der endgültigen Stellungnahme der EFSA zu einem Thema. Oft würden die veröffentlichten Inhalte der Konsultation irrtümlicherweise als Stellungnahme der EFSA aufgefasst, obwohl es sich lediglich um den vorläufigen Stand einer Diskussion im Rahmen eines Entscheidungsfindungsprozesses handelt. Auch wurde auf eine Studie des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) zu elektronischen Petitionen verwiesen, wonach der Aufwand, der mit der Bearbeitung von verschiedenen Rückmeldungen und der Absicherung

eines insgesamt sehr transparenten und nachvollziehbaren Entscheidungsprozesses einhergeht, nicht zu unterschätzen sei. Zum Beispiel habe die US-amerikanische Food and Drug Administration (FDA) allein 68 Vollzeitstellen, deren einzige Aufgabe die Bearbeitung von Konsultationsvorgängen ist. Auch wurde erwähnt, dass deutsche Behörden bereits jetzt mit der Einführung des Informationsfreiheitsgesetzes unerwartet hohen Aufwand mit der Beantwortung von Nachfragen hätten. Dieser Aufwand würde bei der Einführung öffentlicher Konsultationen voraussichtlich noch deutlich größer werden.

Auch wurden die unterschiedlichen „Konsultationskulturen“ im deutschen Sprachraum diskutiert, wie die sogenannte Vernehmlassung in der (deutschsprachigen) Schweiz, die relativ transparent und relativ schwach formalisiert ist. In Deutschland seien Konsultationsprozesse weniger transparent als in der Schweiz, stärker formalisiert und durch Regelungen strukturiert. In Österreich herrsche mit dem Prinzip der Staatsverschwiegenheit keine Transparenz über die Konsultationen zwischen Interessenvertretern und Politik/Verwaltung.

Eine Konsultation von Verbraucherinnen und Verbrauchern sollte abhängig davon gemacht werden, wie stark die Implikationen für das Wissenschaftsmanagement sind. Grundsätzlich können Einstellungen von Laien wichtige Informationen liefern, insbesondere auch weil praktisch alle Entscheidungen des Risikomanagements und selbst der Risikobewertung letztlich gesellschaftlich politische Akzeptanzurteile darstellen, welche das Ergebnis entsprechender Aushandlungsprozesse sind.

Vor dem Hintergrund der in der Diskussion angebrachten Argumente wurde von der Kommission die Empfehlung ausgesprochen, das Instrument der öffentlichen Konsultation am BfR weiter zu prüfen.

7 Planung der Inhalte für die nächste Kommissionssitzung

Für die nächste Sitzung wurde vorgeschlagen, das vom BfR neu eingeführte Instrument "Risikoprofil" vorzustellen, sowie weitere Projekte aus der laufenden Forschung des BfR zur Risikowahrnehmung und Risikofrüherkennung. Ein Schwerpunktthema sollte nicht zuletzt aufgrund der im Herbst 2013 stattfindenden nationalen Krisenübung im Bereich Lebensmittelsicherheit (LÜKEX) die Krisenkommunikation sein. Hier wurde vorgeschlagen, dass von Seiten der Kommissionsmitglieder kurze Impulsreferate vorbereitet werden. Ziel ist es, einen Querschnitt durch die jeweiligen Praxisperspektiven der Kommissionsmitglieder zum Thema Krisenkommunikation zu erhalten. Vor dem Hintergrund methodischer Fragestellungen wird Herr Prof. Frick einen Vortrag zur Kalibrierung von DALY (disability-adjusted life years bzw. disease-adjusted life years) halten. Da es sich zudem um die letzte Sitzung in der aktuellen Berufungsperiode handelt, wird sich ein weiterer Tagesordnungspunkt der Rückschau auf Erwartungen und Erfahrungen mit der Kommission widmen.

Der nächste Sitzungstermin wurde auf Freitag, den 8. November 2013, festgelegt.